

Gaunusbote

Homburger Tageblatt

Anzeiger für Bad Homburg v.d. Höhe

Bezugspreis:
Der „Gaunusbote“ erscheint täglich, jedoch mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet im Vierteljahr einschließlich Beiergehalt 3.50, durch die Post ins Haus gebracht stellt sich der Bezugspreis auf 3.25. Wochenkarten, durch unsere Geschäftsstelle und unsere 5 Filialen zu beziehen, 25 Pfg. Einzelnummern 10 Pfg.

Geschäftsstelle: Auenstraße 1
Fernsprecher No. 9

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., für auswärts 80 Pfg. **Bezugspreis:** ab 1. Juli 1920 24.00 vierteljährlich. **Wochenkarten:** 65 Pfg.

Ar. 171

Freitag, 30. Juli 1920

Gegründet 1859

Der Kampf um Spa u. Simons.

(Stimmungsbild aus dem Reichstag.)

Die Generaldebatte über das Spaer Ergebnis steht mit einer Berichtigung unter Augenministers ein, die sofort von den Unabhängigen als Umfall bezeichnet wird. Spa Simons sich der Reichswehr heute wenigstens etwas annimmt, geht den Herrschaften wider den Strich, deren Redner Freitscheid nationale Würde als Frage bezeichnet. Vorläufig sieht die Sozialdemokratie um Scheidemann in der Lage und schaut dem Kampf um den Scharnhaußen zu. Der Sprecher der M. S., Stämpfer, gibt in seiner Rede den heutigen Leitartikel des „Vorwärts“ wieder. Als Chefredakteur dieses Organs ist Stämpfer ein Pol, um den sich die Intelligenzen der Sozialdemokratie gruppieren, die manchmal wenigstens die Wirklichkeit und Notwendigkeit und die harte Tatsache der Undurchführbarkeit des Programms der internationalen Sozialdemokratie überordnen. Man hält die rote Fassade aufrecht, erweitert seine Grundfläche aber allmählich nach der Wirklichkeit. Stämpfers Rede war daher in ihrem Ton Beruhigungsgeduld und nicht unklug. Sehr wesentlich nach dagegen die Intelligenz der U. S. P. D., Dr. Breitscheid, ab. Breitscheid, der sich vom Burschenschaftler und Nationalisten zum Unabhängigen sehr schnell durchmauferte, ist der Typ des Salon-Radikalen. In gewissen Berliner Salons, die von Franzosen besucht werden, ist Dr. Breitscheid sehr bekannt. Auch heute denunzierte er. Denunzierte Stinnes der Entente. Wählte in der Schuldfrage herum, kurzum, gebärdete sich als Zutreiber der Entente. Er brachte es fertig, der Entente Präzedenzfälle zu nennen, mit Hilfe derer die Neutralität gegenüber Rußland und der Entente gebrochen werden könnte und warf Schmutz gegen Stinnes, der nicht anwesend war. Für diesen geachteten Bürgerlichen und Ehrgeizigen ist das A und O der unabhängige Bolschewismus. Das Parteiprogramm der U. S. P. D. ist der Rußnader, der alle Fragen durch eine Mundbewegung: Kapitalismus, Sozialismus, wie wir ihn verstehen, knackt. Aber Herr Breitscheid ver-

gaß, daß der Bolschewismus als sozialistische Idee in Rußland sanktisiert ging und er hütete sich wohlweislich zu behaupten, daß der Bolschewismus sich als höhere Gesellschaftsordnung dokumentiert habe. Demagogen-Mäßen, wie: Wenn in Deutschland die Arbeitszeit verlängert wird, schuftet der Arbeiter für den Kapitalismus, in Rußland schuftet er für sich selbst, können die Tatsache nicht wegleugnen, daß der Sozialismus in Rußland die lebendigen Kräfte der Nation zerstörte, die Arbeiter zu einer schlechteren Lebenshaltung zwang und sie zur Trostarbeit mit Gewaltmitteln drängte. Wenn Breitscheid das Heil für Deutschland vom Bolschewismus erwartet, dann heißt das praktisch, Deutschland die Stufen hinunter zu führen, die Rußlands Kraft zerstörte, zum Schluß in einer militärischen Anstrengung zusammenfügen will und den roten Militarismus anstatt des weißen setzt. Über die Verworfenheit dieses Militarismus fand Breitscheid ebensowenig Worte, als über die Umformung des russischen Bolschewismus durch kapitalistische Methoden. Dr. Simons berichtete. Er sprach etwas nervös, wie er schlechthin der Typ des Mannes ist, der jedem Eindruck unterliegt, und z. B. sein Urteil über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands, wie heute erzählt wurde, auf den Bericht eines einzigen deutschen Ingenieurs aufbaute, und zwar über eine einzige Tatsache. Seine nervöse Art der Intuition führte Simons zu seinem Besseren in der Kohlenfrage. Er verteidigte Stinnes. Sehr warm. Er hatte einmal, als er über die innere Politik Deutschlands sprach, den richtigen Gedanken, daß der Bolschewismus und der Imperialismus der Entente überwunden werden müsse, um ein höheres Prinzip: der Arbeitsgemeinschaft. Schon dieser Gedanke erregte einen Sturm bei denen, die den Klassenkampf und ständige Umwälzungen als Heilmittel ansehen. — Sehr bemerkenswert war die Energie, mit der Simons die Aufrechterhaltung der Ordnung im Staate gegenüber Revolten mit allen Machtmitteln betonte. Die Unabhängigen waren sehr still gegenüber dieser Energie.

Umnachtet.

10) Roman von Friedrich Jacobson.
Copyright 1919 by Grethlein & Co., G.m.b.H., Leipzig.
Auch Jan Straaten, der verflozene Kapitän des Ruyter, schien das Bedürfnis nach Erwärmung zu finden, denn er sah in seiner holländisch ausgestatteten Stube bei einer Flasche Portwein, die schon bei der Reize ging. Trotzdem hatte er das Fenster geöffnet und horchte auf das Rauschen des Abendwindes, der durch die Gartenbäume strich — von der Meeresbrandung konnte man wenig hören, das Haus lag zu tief drinnen im Lande.
Nach einer Weile kam Dagmar herein und setzte sich mit einer Handarbeit ihrem Vater gegenüber. Sie hatte bis auf die dunklen Haare ganz den friesischen Typ von der Mutter geerbt: regelmäßige Züge mit einer leisen Schwermut in den Mundwinkeln. Daneben die willenskräftige Kopfform aller Meeresbewohner.
„Ist alles gerüstet“, fragte der Alte nach einer Weile.
„Wie du es angeordnet hast, Vater.“
„Dein Verlobter ist natürlich wenig davon erbaut.“
Das Mädchen blinzelte flüchtig auf.
„Der Brauch hätte es ja doch gefordert.“
„Um den Brauch kümmere ich mich nicht; du bist mündig und kannst meinetwegen morgen heiraten.“
„Justus wünscht allerdings, daß die Hochzeit im Herbst stattfindet. Wirst du mich denn gar nicht entbehren, Vater?“
Straaten lockte die vor dem Kamin liegende englische Dogge an sich und graute ihr den biden Kopf.

„Ich werd's ertragen — nicht wahr, Bosko, wir werden es ertragen. Du brauchst nicht gleich zu flennen.“
„Gällt mir ja gar nicht ein!“
„Na ja, Weiber haben sonst leicht den Pumpenschwengel in Gang. Du wirst es begreifen Mädchen: wer dreißig Jahre in der Kasse geschlafen, und aus der Kombüse gegessen hat, der kann sich allenfalls selbst helfen. Seelenleute sollten überhaupt nicht heiraten — daß ich es als junger Kerl tat, war vielleicht eine Dummheit.“
Straaten räusperte sich und hielt die Flasche gegen das Abendlicht.
„Was mich übrigens nicht abhalten soll, meine alten Tage zu genießen. Fix, Deern, bring' mir noch eine von der Sorte.“
Dagmar erhob sich langsam und mit einem vorwurfsvollen Blick. „Vater, was soll Justus denken, wenn er das sieht — dieser strenge Temperenzler!“
„Warum ist er es?“
„Doch wohl aus Ueberzeugung.“
„Gut; ich bin aus Ueberzeugung das Gegenteil. Pah, so 'n paar Gläser Portwein! Da hättest Du sehen sollen, wie wir bei nassem Wetter den Rum durch die Gurgel jagten; merkst Du denn, daß es mir etwas schadet?“
Sie hatte sich wieder hingeseht, wie jemand, der eine Entscheidung herbeiführen will.
„Ja, Vater, es schadet Dir allerdings — besonders in der letzten Zeit sind Deine Nerven angegriffen. Ich hörte Dich nachts im Schlafzimmer herumgehen.“
„Wenn's weiter nichts ist! Alte Seelenleute haben nie viel Schlaf — die verdammte Hundewache steckt ihnen in den Gliedern.“

Die Kriegslage im Osten.

Die Katastrophe

des polnischen Heeres vollendet.

Berlin, 30. Juli. (Priv. Tel.) Den Blättern zufolge ist die Katastrophe des polnischen Heeres fast vollendet. Die 16. russische Armee nahm gestern Dösewiecz. Bei Seuzyn, 41/2 Kilometer von der deutschen Grenze, hat russische Kavallerie die deutsche Grenze erreicht. In vier Tagen haben die Russen 120 Kilom. zurückgelegt. Auch bei Bialystok findet zur Zeit ein verzweifelter Kampf statt.

Die polnischen Arbeiterverbände verhängen über Danzig die Gütersperre.

Wie die Blätter aus Danzig melden, haben infolge der Weigerung der Danziger Hafenarbeiter, die für Polen bestimmte Munition zu entladen, die polnischen Arbeiterverbände beschlossen, die Gütersperre über Danzig zu verhängen. Die gesamte Güterzufuhr aus dem früheren Westpreussischen Gebiet nach Danzig steht infolgedessen.

Schwere Ausschreitungen in Danzig.

Danzig, 29. Juli. (W.B.) Gelegentlich einer nachmittags auf dem Hauptmarkt abgehaltenen Demonstration vor dem Regierungsgebäude. Der in dem Gebäude in einer Sitzung des Staatsrates anwesende Oberbürgermeister Sabm wurde gewaltsam aus der Sitzung herausgeholt, um zu der durch zahlreiche Reden aufgereagten Menge zu sprechen. Als der Oberbürgermeister vor die Menge geführt wurde, drang man von allen Seiten auf ihn ein und mißhandelte ihn schwer. Er wurde angespien und von vielen ins Gesicht geschlagen. Der Oberbürgermeister mußte von der Treppe des Landeshauses aus der Menge versichern, daß er sich für die Erfüllung der gestellten Forderungen einsehe. Beim Abzug der Menge erfolgte ein Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, die die nach dem Gerichtsgefängnis führende Straßen absperren, da laut geworden war, daß eine gewaltsame Befreiung der politischen Gefangenen beabsichtigt sei. Durch Maschinengewehrschüsse wurde ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt.

Tagung des Reichskohlenverbandes.

Einspruch der Reichsregierung gegen die Kohlenpreiserhöhung.

Berlin, 29. Juli. (W.B.) Im Anschluß an die heutige Sitzung des Reichskohlenrates fand eine Tagung des Reichskohlenverbandes und des Reichsausschusses des Reichskohlenrates statt, die insbesondere über den Antrag auf eine am 1. August wirksame Kohlenpreiserhöhung des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats von 25 M für die Tonne ausschließlich Kohlensteuer Beschluß fassen sollte. Diese 25 M setzen sich aus folgenden drei Posten zusammen: 1. 14 M für verstärkten Heimstättenbau, 2. 9 M zur Übernahme der seit Juni anlässlich einer Lohnsteigerung einzuweisen vom Reich kreditweise hergegebenen 4 1/2 M pro Schicht für Lebensmittelfonds, 3. 1.80 bzw. rund 2 M zur Rückzahlung der zu Ziffer 2 genannten schon ausgegebenen Beträge an das Reich. Staatssekretär Dr. Hirsch teilte dazu mit, daß das Kabinett sich mit der Frage beschäftigt habe und zu folgendem Ergebnis gekommen sei: Das allgemeine wirtschaftliche Interesse läßt zur Zeit eine Kohlenpreiserhöhung nicht zu. Wird sie beschloffen, so ist gegen diesen Beschluß der gesetzliche Einspruch zu erheben. Indessen erklärt die Reichsregierung sich bereit, für den Bergarbeiterheimstättenbau sofort 300 Millionen Mark im Wege des Kredits bereitzustellen und auf die Rückzahlung der oben zu Punkt 3 genannten Beträge zu verzichten. Die verbleibenden 9 M des Antrages würden die Zechen ab 1. August selbst ohne Preiserhöhung tragen können aus drei Gründen: 1. Weil die Materialpreise in den letzten Monaten stark gesunken seien und sich dadurch die Selbstkosten ermäßigen würden; 2. weil die Förderung steigen und auch dadurch die Selbstkosten sinken würden; 3. weil die meisten Zechen bisher schon gute Gewinne aus ihren betriebenen erzielt hätten. Nach eingehender Aussprache wurde angenommen, daß die Preiserhöhung zu Punkt 3 von 2 M durch das Angebot der Regierung hinfällig sei. Ein Antrag, hiernach nur 23 M pro Tonne Preiserhöhung zu beschließen, und jetzt, nach anderthalb Jahren erwidert er den Besuch. Welche Schlüsse ziehst Du daraus?“
„Zunächst gar keine. Aber mir fällt eins dabei auf: Vor jener Reise nach England fragtest Du über schlechte Zeiten unmittelbar darauf gabst Du Deinen Beruf auf und jagst mit hierher.“
„Natürlich — das Geschäft lohnt sich nicht mehr.“
„Wir leben hier nicht schlecht“, sagte Dagmar sich umblühend. Du hast mein Elternhaus gekauft und bar bezahlt — zu alledem gehört doch Geld.“
Jan Straaten erhob sich und reichte die Arme.
„Ich sehe schon, worauf das hinausgeht. Dein Verlobter möchte gerne wissen, wie viel Du mitbekommst, und nun soll ich Farbe bekennen — he?“
„Rein“, sagte Dagmar heftig. „da tuft Du ihm sehr unrecht. Justus heiratet nicht nach Geld und Gut, sondern er will eine Gefährtin, die seinen schweren Beruf teilt. Oder meinst Du, Vater, daß es leicht ist unter lauter Geisteskranken zu leben?“
Mit diesem hartgefolgten Mann ging eine seltsame Veränderung vor sich. Er verlor seine trohige Haltung und sah schon in den Garten hinaus, der von einer tiefen Dämmerung angefüllt war. Dann dämpfte er die Stimme:
„Rein, Dagmar, bei Gott, das denke ich mir nicht leicht. Unter lauter Berrückten — und selbst mit gesunden Sinnen! Diese Vorstellung hat etwas Unheimliches, sie fährt in die Glieder — ich will mir noch ein bißchen die Füße vertreten. Du hast ja doch wohl eine Abrede mit Deinem Verlobten.“ — — — (Fortf. folgt.)

hen, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag, angesichts des Angebots des Heimstättenkredits nur die noch verbleibenden 9 M. Preiserhöhung zu fordern, fand Annahme. Staatssekretär Dr. Hirsch legte gegen die Erhöhung im Auftrag der Reichsregierung Einspruch ein. Es wurde ein kleiner Ausschuss aus Arbeitnehmern, Arbeitgebern und einem Verbraucher gewählt, der dem Reichskabinett den Standpunkt der Bergbauinteressenten morgen darlegen soll. Schließlich fanden Verhandlungen statt, die auf eine Ermäßigung der Braunkohlenpreise hinfielen. Diese Verhandlungen dauern noch an.

Die Londoner Friedenskonferenz.

Die Waffenruhe zwischen der Sowjetrepublik und Polen ist das äußere Zeichen des Zusammenbruchs der Entente-politik im Osten. Die diplomatischen Folgerungen daraus hat für England Lloyd George ohne weiteres gezogen, da er dem wirtschaftlichen Unterhändler Rußlands die Einreise-Erlaubnis erteilen ließ. Mittlerweile wird wieder einmal eine notdürftige Einheitsfront der Alliierten in dem Ostproblem zunächst in Boulogne zu bilden versucht, um auf der Konferenz der russischen Randstaaten und Rußland mit dem Obersten Rat in London gewisse Richtlinien einheitlich verfolgen zu können. Diese Richtlinien sind, aus der Not des Zusammenbruchs der östlichen Clemenceau-Politik geboren, im wesentlichen wohl dahingehend, das eigentliche Polen, also das Kongresspolen mit samt seinen deutschen Annexen möglichst intakt zu halten, dagegen den Appetit der Russen auf die fruchtbare Ukraine und das ehemalige österreichische Galizien in der einen oder anderen Form zu lenken. Die Randstaatenpolitik der Entente soll also nach allen Andeutungen der englischen und französischen Presse aus dem Zusammenbruch einigermaßen unverfehrt hervorgehen, und gleichzeitig soll die Sowjetregierung durch wirtschaftliche Zugeständnisse, so Aufhebung der Blockade, in den Kreis der Westmächte eingezogen und von einer Verbindung wirtschaftlicher Art mit Deutschland abgehalten werden. Die Grundzüge dieses Planes entsprechen durchaus dem englischen Wirtschaftsimperialismus und dem französischen Bedürfnis, wenigstens einen Teil der Zinsen der Milliarden zurückzuerhalten, die Frankreich als bestes Werbemittel gegen Deutschland zunächst in russischen Rußland, dann in Polen investierte. Diese Richtlinien sind keine Lösung, sondern nur eine Verzögerung der unbedingt erforderlichen Entscheidung im Osten. Die russische Sowjet-Republik hat das gleiche Schicksal erlebt, wie die französische. Ein überaus starkes Heer verzehrt die ökonomischen Mittel des Landes und die wirtschaftliche Basis für eine solche militärische Machtfülle ist zu schmal, um dauernd solche Militäraufgaben zu tragen. Wenn dieses Mal Sowjet-Rußland sich in London unterwirft, müssen die Bolschewiken von vornherein damit rechnen, durch die Methoden der Entente in ihrer Machtherrstellung ausgehöhlt zu werden oder sie benutzen diese Friedensverhandlungen nur, um sich zu einem letzten entscheidenden und zwar militärischen Stoß gegen Polen vorzubereiten. Welche Richtung augenblicklich in Moskau obgeht, hat, ob die härtere Richtung der Trozki oder die Lenins und Tschicherins, wird erst in den nächsten Wochen deutlich werden. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß die Bolschewiken eine Atempause als notwendig ansehen und im gegebenen Augenblick alle Verträge und alle Konferenz-einleitungen als Zwirnsfäden ansehen, über die die Weltrevolution nicht stolpern darf. Kommt es aber zur Friedenskonferenz in London, dann ist keine auch nur einigermaßen Dauer verbürgende Lösung der Ostfrage möglich, wenn Deutschland ausgeschaltet bleibt. Hier liegt die erste Aufgabe einer aktiven deutschen Politik. Wenn die Entente den Ostfrieden ohne Deutschland diktiert, dann bleibt uns nur der Weg, direkt in Verhandlungen mit Moskau einzutreten.

Arbeiterdemonstration in Höchst.

Höchst a. M., 29. 7. (Wolff). Zu einer großen Arbeiterdemonstration kam es heute in den Vormittagsstunden vor dem Direktionsgebäude der hiesigen Farbwerke vorm. Meister, Lucius und Brüning. Unzufriedenheit der Arbeiter mit Lohn- und Arbeitszeitfragen, sowie der Unwille über den Steuerabzug sollen Anlaß zu den Unruhen unter den Arbeitern gegeben haben. Die Menge stautete sich in den Eingängen und in dem Treppenhause des Direktionsgebäudes, sowie auf der Straße, während eine Abordnung der Arbeiter mit der Direktion verhandelte. Bei dem großen Gedränge auf dem

Treppenhause, brach plötzlich das Treppengeländer durch und eine große Anzahl Leute stürzte in die Tiefe, wobei zahlreiche Personen schwere Verletzungen davongetragen haben. Einer der Abgestürzten, ein junger Mann aus einem Nachbarort, wurde so schwer verletzt, daß er inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist. Einer der Direktoren soll bei der Auseinandersetzung mit den aufgeregten Leuten verletzt worden sein.

Höchst a. M., 29. Juli. (B. V.) Die tumultuarischen Austritte vor der Direktion der Farbwerke vorm. Meister, Lucius und Brüning haben heute kurz nach der Mittagsstunde ihren Abschluß gefunden. Die Direktion sagte zu, daß in den Betrieben, in denen die 48stündige Arbeitswoche noch nicht eingeführt ist, diese sofort eingeführt werden soll. Weiter wird das Werk den 10prozentigen Steuerabzug rückwirkend übernehmen. Die durch die heutigen Vorgänge entgangenen Lohnausfälle soll das Werk tragen. Ueber die Frage einer Lohnerhöhung wird morgen, wie vorgesehen, verhandelt. Bedauerlicherweise wurden einige hervorragende Mitglieder der Direktion von Arbeitern so schwer mißhandelt, daß die Herren voraussichtlich längere Zeit dienstunfähig sein werden.

Totalnachrichten. Zum Preisabbau.

§ Eine dringliche Stadtverordneten-Versammlung wurde gestern nachmittag unter Vorsitz von Dr. A. Rüdiger abgehalten. Erschienen waren 22 Stadtverordnete, am Magistratsstische 4 Vertreter. Der einzige Punkt der Tagesordnung lautete:

„Wahl einer Preisabbau-Kommission.“

Nachdem die Dringlichkeit anerkannt war, verlas der Vorsitzende den Magistratsbeschluss vom 26. Juli, der ursprünglich die Wahl von 8 Kommissionsmitgliedern durch die Stadtverordnetenversammlung und zwar von 4 Vertretern des Gewerkschaftskartells und 4 der Gewerbetreibenden vorsah. Aus der Vorschlagsliste nicht Gewählte sollten mit beratender Stimme an den Verhandlungen der Kommission teilnehmen dürfen. Bei der Wahl müsse auf Leute mit den nötigen Sachkenntnissen und von unbescholtenem Rufe gesehen werden. Inzwischen kam aber in einer vormittags abgehaltenen Sitzung der Stadt. Körperschaften der neue Beschluss zu Stande, eine Kommission von 20 Vertretern, je zur Hälfte aus Kartellmitgliedern und Vertretern des Gewerbes bestehend, zu wählen. — Die Versammlung, die von Gästen so außerordentlich stark besucht war, daß die meisten davon im Hofe und auf der Straße bleiben mußten, nahm einen teilweise recht stürmischen Verlauf. Der Vorsitzende mußte seine ganze Energie aufwenden, um trotz der mannigfachen Störungen die Versammlung zu Ende bringen zu können.

Als erster Redner nahm Stv. Dippel (U. S. P.) das Wort. Er schilderte die Motive, die auch hier zur Preisabbaubewegung führten und die jeder vernünftige Mensch als gerecht anerkennen müsse. Die Preisprüfungskommission sei eine städtische Kommission, wie jede andere, sie zu wählen, zu verstärken oder abzuschwächen sei allein Sache der Stadt. Körperschaften. Den Außenstehenden stehe kein Recht zu, in die geschäftlichen Handlungen derselben einzugreifen. Auf die jüngsten, schon bekannten Vorkommnisse übergehend, war er der Meinung, daß der Oberbürgermeister dem Druck der Verhältnisse nachgegeben habe. Richtiger sei es gewesen, die Beschlüsse der Volksversammlung lediglich zur Kenntnis zu nehmen und sie zur Erledigung dem Magistrat und der Stadt-Versammlung zu überweisen. Die heutige Unzufriedenheit sei immerhin verständlich, denn die heutige Versammlung hätte schon früher stattfinden sollen. Aber auch diese Verzögerung sei entschuldigbar, wenn man bedenke, daß die Stadtverordneten durch anhaltende Dauer-sitzungen über Gebühr in Anspruch genommen würden. Die Preisabbaubewegung sei eine vom ganzen Volke getragene Erscheinung. Vorbildlich wäre die Bewegung in Frankfurt, die sich vollkommen auf gesetzlicher Grundlage vollziehe. Die von dem dortigen Kartell geschaffenen Grundlinien brachte er zur Verlesung. Sie sind im wesentlichen Heranziehung der beschäftigten Personen zu den Preisabbaukommissionen und ihre sachgemäße Tätigkeit, die sich u. a. auch auf die Preisauszeichnung in den Läden erstrecken müsse. Der den hiesigen, von der Volksversammlung gewählten Vertretern, vom Landrate ausgestellte Ausweis sei insofern gesetzwidrig, als von dieser Stelle keine Einmischung in innere städt. Angelegenheiten statthaft sei. Aber das, was vom Landrat für den Kreis geplant sei, müsse auch für die Stadt gelten können. Er appellierte an die Vernunft der Außenstehenden, dazu die Hand zu bieten und nur Leute zu nehmen, die auch den an sie gestellten Anforderungen gerecht würden. Im Großen und Ganzen habe man sich den Vor-

schlägen des Gew.-Kartells gefügt, nur müsse darauf bestanden werden, daß entsprechend der Städteordnung nur ortsansässige Personen gewählt würden. Gegen die informativische Mitarbeit anderer Personen sei aber weiter nichts einzuwenden. Wenn die Kommission mit gesunden Maßnahmen an die Arbeit gehe, dann würde diese zum Segen der Allgemeinheit ausschlagen.

Stadtv. Schmid (M. S.) verwies auf die gleiche Bewegung im ganzen Reich, die notwendig wurde, um der maßlosen Teuerung Einhalt zu bieten und die auch das Gew.-Kartell zu seinem Schritte gedrängt habe. In der Stadt-Versammlung sei schon wiederholt und auch von ihm entsprechende Maßnahmen erinnert worden, aber man habe zu lange damit gezögert. Freilich habe der Magistrat sich mit der Sache befaßt und eine Kommission gebildet, aber diese eine örtliche sein und sich nur auf die hiesigen Erzeugnisse beschränken. Man müsse versuchen, den Einfluß auszudehnen und nicht nur die Erzeugnisse sondern auch die Händler-Ausschlüsse kontrollieren. Im übrigen stimmte er den Ausführungen seines Vorgesetzten zu.

Stadtv. Quirmbach (Z.) fand es erfreulich, daß D. der Vernunft das Wort geredet habe. Nur mit dieser, mit Ruhe und Besonnenheit könne Ersprießliches zu Stande kommen. — Von der Galerie sehten stürmische Zwischenrufe ein, wie Schieber und dergleichen. Der Vorsitzende wandte sich an die Versammlung, diesem Gebahren Einhalt zu tun. Stadtv. Dippel trat den Zwischenrufern in temperamentvoller Weise entgegen. Er verlangte so viel Takt von den Arbeitern, daß sie Achtung dem Parlament zollten, das sie selbst gewählt hätten. Es sei höchste Pflicht der Arbeiter, ihre Abgeordneten zu achten. Ordnung müsse selbst in einer anarchistischen Republik herrschen. Wenn man Beweise für das Wort Schieber habe, dann sollte man sie außerhalb, vor den Gerichten, verwenden. Wenn sie auch nicht mit allem Vorgetragenen einverstanden seien, dann sollten sie wenigstens den Gegnern Gehör schenken. Nur mit vernünftigen Argumenten sei ihnen entgegen zu treten. — Stadtv. Quirmbach fuhr dann fort, daß sich nur nach den von ihm genannten Grundrissen die Kommission zusammensetzen dürfe. Ein Unding sei es gewesen, die Bohnenpreise hier auf 30 Pfg. zu setzen, während sie in Frankfurt 1.20 M. betrugen. Bei einem Stundenlohn von 5 M. müßten da die Erzeuger zusehen. Ein vernünftiger Abbau sei zu begrüßen, der allen Verhältnissen Rechnung trage. Die Ware würde durch den Handel mitunter bis zu 100% verteuert, auch darauf solle die Kommission achten, wie sie auch außer den Lebensmitteln die anderen Branchen in Betracht ziehen sollte. Der Abbau müsse sich auf einen größeren Bezirk ausdehnen, ev. sei Anschluß an Frankfurt zu suchen. Bei allem Vorgehen solle man sich den Schillerischen Spruch vor Augen halten: „Wo rohe Kräfte sinnlos walteten, da läßt sich kein Gebild erhalten.“

Stadtv. Debus (R. P.) führte aus, daß die Abbaubewegung schon mehrere Wochen alt und nicht erst durch die letzten Versammlungen in Fluß gekommen sei. Schieber und Wucherer hätten die Preise derart in die Höhe getrieben, daß sie unerträglich gewesen seien und die letzten Ereignisse rechtzeitig hätten. Nichtingeweihte seien jedoch über die Preisbildung nicht so recht unterrichtet. Der Kaufmannstand habe sich bereit erklärt, an dem Preisabbau mitzuwirken. Er tue dies unter persönlichen Opfern, seien doch jetzt mitunter die Herstellungskosten mancher Waren höher als die Verkaufspreise. Davon werde sich die Abbaubewegung wohl noch überzeugen können. Letztere sei nur von einem paar Hundert der Homburger Einwohner gewählt worden, während wir doch deren 15000 zählten. Die Idealpunkte, die die Kommission sich zu eigen gemacht, könne man voll und ganz unterschreiben, nicht aber dürfe man die Rechte der Stadt-Versammlung preisgeben. Mit dem gemachten Vorschlag sei seine Fraktion einverstanden. Nur möge die Kommission mit der nötigen Vorsicht vorgehen, daß die Waren nicht verschwänden. Unbedingt müsse aber der weitere Abbau in etwa 4-6 Wochen eintreten, sonst wären alle Opfer des Kaufmannstandes umsonst und eine neue Preissteigerung wäre die unausbleibliche Folge. Nicht nur beim Kleinhandel, sondern auch bei den Großhändlern und Industriellen müßte die abbauende Arbeit einleiten.

Vom Vorsitzenden wurde dann der erweiterte Vorschlag, die Wahl einer 20-gliedrigen Kommission, bekannt gegeben.

Beim Vorlesen der Namen der Vertreter der Gewerbetreibenden kam es auf der Galerie stellenweise zu starkem Widerspruch.

Stadtv. Frau Reuter (M. S.) gab einige Aufklärungen über die beabsichtigte Tätigkeit der Kommission. Eine Zentralorganisation solle nach den Richtlinien des Frankfurter Kartells angestrebt werden. Dann sei die Befürchtung auch hinfällig, daß die Waren nach Frankfurt abgeführt würden. Der Wirtschaftskreis dürfte sich bis nach Mainz und Aschaffenburg ausdehnen. Eine nach Berlin gesandte Kommission habe die Nachricht mitgebracht, daß auch die Reg.-Präsidenten neben dem Volke in die Bewegung eingreifen würden.

Stadtv. Wächtershäuser (D.) wollte über die Wahl der 10 Herren, die von den Geschäftsleuten vorgeschlagen waren, entschieden haben.

Stadtv. Weichaupt (Z.) hielt es für zweckmäßig, daß die Kommission aus nicht vertretenen Branchen nötigenfalls Sachverständige heranziehen würde.

Stadtv. Schäfer (U. S. P.) hielt Debus entgegen, daß er ein falsches Bild entwickelt habe. Der Oberbürgermeister hätte ganz korrekt gehandelt, was er unter Schilierung des Hergangs, den er persönlich bewohnte, zu beweisen suchte. Nur die 4 Herren der Deputation seien angenommen worden und keine fertige Kommission. Ueber die Zahlen sei er falsch unterrichtet, er hätte dies wohl an Hand des „Taunusboten“ getan. Aber nicht 2-300 Personen, wie dort zu lesen, sondern mehr als 1000 und nicht meistens Reugierige, sondern Kollektanten hätten die Kommission erwählt. (Wir verweisen unsere Leser auf unseren Bericht vom 21. Juli, er deckt sich nicht mit diesen Ausführungen. Bemerkten möchten wir auch noch, daß gerade der „Taunusbote“ schon vor Wochen die erste Anregung zur Schaffung einer Preisprüfungskommission gegeben hat. D. Red.) Vorsicht sei bei der Wahl der Geschäftsleute geboten. Unter ihnen seien Leute, mit denen sich die Arbeitervertreter nicht an einen Tisch setzen könnten.

Stadtv. Zimmerling (D.) hielt es für zwecklos, über Vergangenes zu streiten. Den Wünschen des Kartells entgegen zu kommen, sei der allgemeine Wunsch. Je notwendig habe er die Zusammenarbeit der Wirtschaftskommission mit der der Kreises. Man möge nur zur Bildung der Kommission schreiten und nur ortsansässige Leute wählen. Das Kartell müsse auch eine gewisse Verantwortung für die von ihm vorgeschlagenen Leute übernehmen.

Stadtv. Schäfer war für vorherige Aussprache mit dem Kartell über die Vorschlagsliste der Händler, wozu sich Stadtv. Zimmerling nichts gutes, höchstens eine Verschleppung versprach. (Unruhe.) Der Vorsitzende empfahl, nicht genehme Personen durch andere zu ersetzen.

Stadtv. Dippel machte dann die überraschende Mitteilung, daß die Vertreter des Gew.-Kartells ihm solchen Kenntnis von einem neuen Beschluß gegeben hätten, nachdem nur ihre Kommission beauftragt worden sollte, die dann zusammen mit den alten städtischen Preisprüfungskommission arbeiten wolle.

Stadtv. Behle (R. P.) betonte, daß durch den Vorschlag der 20-gliedrigen Kommission die Parität gewahrt werden sollte. Es dürfe nicht sein, daß die übrige Bürgerschaft durch allein 10 Vertreter des Gew.-Kartells ausgeschaltet werde.

Das Resultat der nun wieder aufs neue einfindenden Diskussion, an der sich die Stv. Schmid, Frau Reuter, Debus, Quirmbach, Schäfer und Stv. Dr. Dippel beteiligten, war, daß dem Vorschlag der Bildung einer Kommission von 20 Mitgliedern zugestimmt wurde.

Nach Ausschaltung einiger nicht gewünschter Personen wurden unter teilweise höchst stürmischen Unterbrechungen gewählt:

Für das Gewerkschaftskartell
die Herren A. Schmid, Ch. Weichaupt, H. Baumbach, H. Kuhl, Karl Koch, H. Heppel, Emil Schmidt, Frau Reuter, Böhm, Fritz Schudt.

Für die Gewerbetreibenden:
die Herren F. Fuchs, R. Debus, O. Boll, J. Weichaupt, W. Weigand, Chr. Tog, G. Kaufmann, H. Wolf, A. Maas und Chr. Meyer (i. Ja. Kern).

Stadtv. Schmid (M. S.) ersuchte nach dem Magistrat, möglichst schon am nächsten Tag die Kommission zusammentreten zu lassen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Nach der Stadtverordneten-Versammlung wurde im Hofe des Rathauses noch eine Volksversammlung abgehalten, bei der die Führer der Menge die nötigen Aufklärungen gaben und beruhigend auf sie einzuwirken versuchten. Die Erregung war aber derart, daß später noch verschiedene Demonstrationen in der Luisenstraße stattfanden, bei denen glücklicherweise ernstere Zwischenfälle vermieden wurden.

Ausgabe von Lebensmitteln

Es gelangen folgende Lebensmittel zur Verteilung:

- 1) Frisches Fleisch**
250 Gramm zum Preise von M. 12.— f. d. Pfd.
- 2) Leber- und Blutwurst**
mit Schweinefleischzusatz p. Pfd. M. 8.50. Die Ration wird in den Metzgerläden durch Aufschlag bekannt gemacht.
Die Zuteilung zu 1 und 2 erfolgt am Samstag, den 31. Juli in den Metzgerläden auf die Fleischkarte für die 31. Woche.
Am Montag, den 2. August findet eine Neueintragung in die von den Metzgern geführten Rundenlisten statt. Diese Eintragung ist auf 8 Wochen bindend.
- 3) Schmalz**
250 Gramm zum Preise von M. 8.— gegen Vorlage der Lebensmittelkarte I im Hofe des Lebensmittelamts von 8—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags und zwar am
Dienstag, den 3. Aug. f. d. Anfangsbuchstaben A—H
Mittwoch, „ 4. „ „ I—N
Donnerstag, „ 5. „ „ O—Z
- 4) Margarine**
125 Gramm zum Preise von M. 3.25
- 5) Kunsthonig**
125 Gramm zum Preise von M. 1.80
- 6) Erbsen, grüne**
125 Gramm zum Preise von 40 Pfg.
Die Zuteilung der Waren zu 4—6 erfolgt auf Bezugsabschnitt 9 der Lebensmittelkarte II.
Die Bezugsabschnitte sind bis zum Montag, den 2. August den Lebensmittelgeschäften einzureichen, welche sie ihrerseits bis zum Dienstag, den 3. August dem Lebensmittelamt abzuliefern haben.
Die Belieferung der Waren erfolgt alsdann am Dienstag, den 10. August 1920.
Bad Homburg, 30. Juli 1920.

Der Magistrat.
Lebensmittelversorgung.

5990

Führen aller Art, An- und Abfuhr von Waggonladungen, kleine Umzüge hier u. auswärts. Regelmäßig. Frachtkonten Homburg—Frankfurt u. zurück. Stets prompte Bedienung bei billigsten Preisen.

H. Römmelt,
Sonnenheim, Homburgerstraße 25. Telefon 1084.
Annahmestelle für Homburg: H. Rehler,
Gasthaus zur „Goldnen Rose“. 5952



Alle Drucksachen

liefern wir von den einfachsten
bis zu
den modernsten Ausführungen
Aufmerksame und
schnelle Bedienung!

Taunusbote-Druckerei

Empfehle

frisch
geschlacht. Hähnen u. Hühner,
ferner Rebhühner,
Rehkeulen und Rehbug.
W. Lautenschläger,
5994 Telefon 404.

Freibank.

Samstag, 31. Juli, vormitt.
8 Uhr wird auf dem Schlachthof Schlachtfleisch (3 1/2 Zent.) zum Preise von M. 8.— pro Pfund verkauft. An die Reihe kommen die Anfangsbuchstaben A. M. N. Von 7.30 Uhr vormittags sind an der Schlachthofkassette die nummerierten Bezugskarten unter Vorlage der Lebensmittelkarte I in Empfang zu nehmen, welche mit den Fleischmarken der 31. Woche bei dem Freibankverkauf abgegeben sind. 5991
Bad Homburg, 30. Juli 1920.
Die Schlachthofverwaltung.

Kofosbutter u. Kofosfett
(beides zum Baden, Braten und Kochen vorzüglich)
Ia Schweinefett, Margarine, f. Schinken und Wurstschneid, echten Schweizerkäse, Camembert, Brie, Roquefort, Gruyere, Gouda, Rahmkäse, Limburger, Handkäse etc.
Frisch eingetroffen: Straßburg Münster. Diverse feinen Brotaufstrich u. Delikatessen, Gänseleber etc. empfiehlt
Ludwig Aibel,
Thomasstr. 8. Fernruf 519.

**Tapeten,
Wachstuch,
Tischlinoleum**
Heinrich Schilling,
Bad Homburg,
Hainstraße 11. 8687

Zur Sommerkur
empfehle sämtliche
Kurbirnen sowie alle
bekannten Tafelwässer
in frischerer Füllung.
**Ia. Limonade und
Mineralwasser**
aus eigener Fabrik 8870
Kohlensäure und Salze.
Chr. Weber,
Waisenhausstr. 4, Tel. 280.

Unwiderstehlich
wirkt „Femmina“, extra stark
Schachtel M. 15.—, Prospekt
Nr. 41 gratis durch
Fritz Jahn, 5946
Frankfurt a. M., F. 5.
Schlegelstr. 7.

U. S. P.

Samstag, den 31. Juli 1920
abends 9 Uhr
Mitglied.-Versammlung
im „Rassauer Hof“
Tages-Ordnung:
1. Bericht von d. Kreiskonferenz
2. Stellungnahme z. Bezirkskong.
3. Stellungnahme zu den Vorkommnissen der letzten Tage.
Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung erwartet vollständiges Erscheinen 5993
Der Vorstand.

Frisch eingetroffen:
feinst. geräucherter Schellfisch
empfehlen 5996
Pflaßbach.

Schwarze Berlentette
(Halskette) Trauer
verloren im Kurpark.
Gegen Belohnung abzugeben.
5984 Promenade 18,
(Richard)

Neuer Kinderwagen
gut erhalten, 1/2 Jahre im Gebrauch leicht gefedert, Gummiräder sofort zu verkaufen. Bist. heute und morgen vormittags bis 12 Uhr mittags. 5983
W. Koebe,
Raff. Friedr. Promenade 45

Govercoat-Paletot
aus Friedenss. f. Gr. 170—175 preisw. z. verkauf. Zu erst. u. 5985 in der Geschäftsstelle dies. Blatt.

Zu verkaufen:
1 Spielbox m. 85 Blättern,
1 Fischkocher,
2 gerahm. Bilder, 2 Reißbr.
2 Vogelhefen. 5981
Ferdinandstraße 20 II.

Mähmaschine mit Fußbetrieb bill. zu verkauf.
Näheres unter 5989 in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ia. Hühner-Sutter
gegen Eier zu tauschen gesucht. Angebote unter 5. 5992 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gebild. jung. Mädchen
sucht für einige Monate Stellung in einem Privathaus. Offerten unter H. 5988 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Frisch eingetroffen:
geräucherte Schellfische,
holl. Matjesheringe,
Salzgurken.
W. Lautenschläger,
5993 Telefon 404.

Möbl. Zimmer
zu vermieten. 5982
Raff. Friedr. Promenade 18.

**6—8 Zimmer-
Wohnung**
oder entsprechendes Haus sofort
zu mieten gesucht
in oder bei Homburg. Belohnung
für Nachweis mit Mieterfolg.
Angebote an 5941
D. Wieter, Bad Nauheim,
Frankfurterstraße 51 I. St.

Heilung
von Sprachstörungen
funktioneller Natur wie
Stottern,
Stammeln, Lispeln, etc.
Spracherzieherliche
Einwirkung bei Kindern
mit fehlerhafter Sprach-
entwicklung. Auf Wunsch
Behandlung im Hause.
H. Thielecke, Sprachlehrer,
Elisabethenstr. 43. (2109)

**Anton
Happel**
approbierter Kammerjäger
Oberursel i. L., Marktplatz 2
2004 Telefon 56
empfiehlt sich zur Vertilgung von
sämtl. Ungeziefer nach der neuesten
Methode wie Ratten, Mäusen,
Wangen Käfern etc. Übernahme
a. ganz. Häuser im Abonnement.

Gummiwaren
Sanitäre Frauenartikel
Anst. erb.: Versandhaus
Heusinger, Dresden 711.
Am See 87. 8771

Verband Deutscher Handlungsgehilfen Kreisverein Bad Homburg v. d. H.

Wir laden unsere Mitglieder, Freunde und Gönner unseres Vereins zu dem am Sonntag, den 1. August im Restaurant „Neue Welt“ stattfindenden

Sommerfest

verbunden mit Preisfesten
zum Besten des Taunuserholungsheimes und der Jugendgruppe des Kreisvereins freundlich ein.
Mitglieder des Kreisvereins haben gegen Vorzeigen des Mitgliedsausweises freien Eintritt.
Beginn 4 Uhr nachm. Nichtmitglieder Eintritt 1.20 M.
Der Vergnügungs-Ausschuß

Glänzende Existenz

(auch als Nebenbeschäftig.) bietet sich strebsamen Herren durch Uebernahme und Ausbeutung einer aufseherregenden öffentlichen

Reklame-Neuheit D. R. G. M.

Dieselbe ist noch für einige Städte zu vergeben und bietet je nach Größe des Ortes einen jährl. Reinerwerb von 50—70 000 M. und mehr. Zur Uebernahme erforderliches Kapital 5—7 000 M. Einarbeitung erfolgt. Streng reelle Sache ohne Risiko. Schriftliche Angebote an

Daniel & Immerschitt
Frankfurt a. M. — Gallus-Anlage 2.

Zu verkaufen! Täglich prima junge Hähnen, Tauben und Suppenhühner

geschlachtet und ungeschlachtet.
CARL WICK
Eier- und Geflügelhandlung
Bad Homburg v. d. H. Kindorferstraße 21

Drechserei mit Motorenbetrieb

Anfertigen sämtlicher Dreherarbeiten
in bekannt sauberer Ausführung.
Wilhelm Herzberger
Bau- u. Möbelschreinerei, Castilhostraße 7.

Enthaarungs-Behandlung.

Unschädliche, vollständige Beseitigung lästiger Haare. — Gesichtsmassage. — Entfernen von Gesichtsfalten, Krähenfüßen etc. — Erstklassige Hautnähmittel. — Original-Augenfeuer zur — — — — — Erzielung schöner Augen. — — —
Karl Kesselschlager Damen- u. Herrenfriseur
Nissenstr. 87. Anstaltsstelle für ausgef. Haar. 8768

Jeden Donnerstag

Konzert
von 5—8 Uhr.
Hotel Hohemark.

Nebenverdienst

bis 1000 M. monatlich, leicht zuhause, ohne Vorkenntnisse.
Dauernde Existenz. Näheres auf briefliche Anfrage durch
S. Woehrl & Co., G. m. b. H.
Berlin-Lichterfelde, Volkshaus 504. 4960

Versteigerungen

Möbilen und Immobilien
Übernahme ganzer Haushaltungen

Taxationen

aller Art
werden sachgemäß ausgeführt

August Berget

beedigter Taxator und Auktionär
Elisabethenstraße 30, Telefon 77



Nassauische Landesbank Nassauische Sparkasse.

Wandelbarer, unter Garantie des Bezirksverbandes
des Regierungsbezirks Wiesbaden.

Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Wandelvermögen
Landesbankstelle (Zweigstelle) Bad Homburg v. d. Höhe.
Riffelestraße 1 b. Fernruf 469.
Reichsbankgirokonto Reichsbankhauptstelle Frankfurt a. M.
Postbankkonto Frankfurt a. Main Nr. 610.

Wandelbare Anlagen in Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, auf Sparplänen der Nassauischen Sparkasse, auf gebührenfreie Verzinsungskonten mit täglicher Zinsgutschrift oder unter Festlegung mit Kündigungsfrist

Darlehen u. Kredite in laufender Rechnung geg. Hypothek, Bürgschaft, oder Verpfändung von Wertpapieren, ferner an Gemeinden und öffentlichen Verbänden mit oder ohne besondere Sicherstellung.

Verwahrung u. Verwaltung von Wertpapieren. Aufbewahrung u. Verwahrung von Aktien, An- und Verkauf von festverzinsl. Wertpapieren, Aktien, Ruxen u. allen unnotierten Werten, Dividen u. Sorten. Einzug u. Wechsel und Schecks, Eröffnung von Aktendepots und Ausstellung von Kreditbriefen, Einlösung fälliger Zinscheine.

Hess. Nass. Lebensversicherungsanstalt
Behördliches Institut der Bezirksverbände der Reg. Bezirke Wiesbaden u. Kassel. Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts.

Postbankkonto Frankfurt a. Main Nr. 17 600. Fernruf wie oben.
Alle Arten von Lebensversicherung gegen niedrigste Aufwendungen.

Direktion der Nass. Landesbank,
Wiesbaden, Rheinstraße 42—44

874